

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Feiertagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Versand ohne Postgebühren monatlich 2,80 M., bei Zustellung unter Straßenschild 4,80 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nummern des Postzeitungsvertrages für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Verlagsdrucker: Kurt Roden 2393 und 2394.

Interesse haben die nachstehenden Nummernbezeichnungen oder deren Nummern 1, 20 III., Wertungen vom festgesetzten Wert 80 Pf., jedes weitere Wort 20 Pf. Leertungsaufschlag 80 Pf. Familien- und Veranlassungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Interesse für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Kurt Roden 9709

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eine neue Antwort der Alliierten.

Die Gebietsfragen im Westen.

Paris, 26. Mai. (Havoa.)

Die deutsche Delegation hat auf ihre beiden Noten zu den Bestimmungen des Friedensvertrages betreffend die deutsche Westgrenze und das Saarboden von Clemenceau nachfolgende Antwort erhalten:

Herr Präsident! Ich habe die Ehre, den Empfang Ihrer Schreiben vom 13. und 16. zu bestätigen. Da sie beide den nämlichen Gegenstand betreffen, ziehe ich vor, sie zusammen zu beantworten. Was die in Ihrem Schreiben niedergelassenen allgemeinen Bemerkungen anbelangt, so beziehe ich mich feierlich im Namen der alliierten und assoziierten Regierungen, das, wie sie behaupten, im Friedensvertrage deutsche Gebiete nicht als Schachfiguren zum Gegenstande eines Handels zwischen verschiedenen Souveränitäten gemacht werden. Tatsächlich werden die Wünsche der Bevölkerung der sämtlichen besetzten Gebiete in Berücksichtigung gezogen werden. Die Modalitäten dieser Rückübertragung wurden im Hinblick auf die örtlichen Verhältnisse mit Sorgfalt erwogen.

In den an Belgien abgetretenen Gebieten ist der öffentlichen Meinung jede Freiheit gewährleistet, um sich binnen einer Frist von sechs Monaten auszusprechen. Die einzige Ausnahme wird gemacht für denjenigen Teil von Westflandern, der sich westlich der Straße von Lüttich nach Norden hinzieht, dessen Bevölkerung weniger als 500 Einwohner umfaßt und dessen Wahlbestand an Belgien abgetreten wird als Teil der Wiedergutmachung für die von Deutschland in Belgien vorgenommene Zerstörung von Waldbeständen.

In Bezug auf Schleswig ist zu bemerken, daß die Bevölkerung sich auf Wunsch der dänischen Regierung und deren Bekräftigung mit der Angelegenheit befaßt.

Die vorgeschlagene Abgabe von deutschen Kohlenbetriebsstätten würde eine schwierige Aufgabe für die französischen Alliierten schaffen. Die vollständige Nebergabe der in der Nähe der französischen Grenze liegenden Gruben ist die einfachste Entschädigung für die in Frankreich zerstörten Bergwerke.

Gewisse Stellen in Ihrem Brief vom 13. scheinen eine gewisse Unklarheit bei der Auslegung unserer Artikel zu betonen. In der Höhe der Zahlung in Gold bei einem ebenen Rücklauf der Devisen im Saargebiet zu vermeiden, beschließen die alliierten und assoziierten Regierungen, diese Bestimmung zu ändern. Sie schlagen vor, der Bestimmung folgende Fassung zu geben: Die Verpflichtung Deutschlands, seine Zahlung auszuführen, wird von der Entschädigungskommission in Erwägung gezogen werden. Frankreich kann eine Hypothek dafür geben, deren Höhe die Kommission bestimmen wird.

Große Kundgebung in Paris.

Paris, 26. Mai.

Die von der Leitung der sozialistischen Partei angekündigte Kundgebung aller sozialistischen und gewerkschaftlichen Organisationen gegen die Regierung wegen ihres Verhaltens am 1. Mai und die Haltung in der Friedensfrage hat am Sonntag unter ungeheurer Beteiligung des Pariser Proletariats stattgefunden. Es wird berichtet, daß der Umfang der Demonstration bei der Kundgebung vom 1. Mai ganz erheblich überschritten hat. Ob es zu Zusammenstößen mit der Polizei und anderen Zwischenfällen gekommen ist, war bisher nicht zu erfahren.

Der Einbruch der Kundgebung der unabhängigen Sozialdemokratie.

(Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.)

Paris, 25. Mai.

Die Pariser Blätter berichten ausführlich über die große Kundgebung der unabhängigen Sozialdemokratie in Berlin für den Frieden. Bürgerliche ebenso wie sozialistische Blätter rechnen sowohl im Falle der Unterzeichnung der Friedensunterzeichnung des Friedens mit dem Sturze Scheidemanns. Sie meinen, Scheidemanns Tage seien abgelaufen. Die „Information“ zitiert ausführlich den letzten Artikel Kautskys in der „Freiheit“ und erweitert auf Grund des russischen Kustaks des etwaigen Programms einer Regierung Kautskys. Sämtliche Reden und Interviews Kautskys machen in großer Aufmerksamkeit die Kunde durch die französischen Blätter. In Frankreich würde ein Kabinett Kautskys zum aufkommen werden. Sollte Clemenceau fallen, so wird wohl Combar sein Nachfolger.

Paris, 24. Mai.

Marcel Cachin schreibt in der „Humanité“: Die deutschen Sozialdemokraten sind treue Interpreten der Volks-

meinung. Alle anderen Parteien Deutschlands sind für die lange Dauer des Krieges und für die harten Bedingungen verantwortlich. Nur die Unabhängigen haben sich im Kriege ehrenhaft und mutig benommen und sie allein sind berechtigt, die harten Bedingungen zu beklagen. Sie haben vielfach in den dunkelsten Tagen des preussischen Militarismus Tod und Gefangenschaft riskiert. Sie haben ein Recht, von den Sozialisten gehört zu werden und wir versprechen ihnen, daß das französische Proletariat nicht eher ruhen wird, als bis der un gerechte Friede in einen gerechten verwandelt wird. Die Völker Frankreichs, Englands, Italiens, Amerikas werden die Hoffnungen der Unabhängigen nicht enttäuschen.

Erfolge der Ungarn.

Budapest, 26. Mai. (Ungar. Korrespondenz.)

Der Feind zieht sich in aufgelösten Verbänden gegen Szegedentz, Szilgo und Tiszasuo zurück, von unseren streitenden Truppen verfolgt.

Am 23. Mai waren die in der Umgebung von Miskolc schnell zusammengezogenen tschechisch-rumänischen Truppen zu einem jähen Gegenangriff übergegangen; der Kampf dauerte erbittert bis zum Vormittag des 24. Mai. Die Miskolczer Arbeiterwehr wurde bewaffnet und kämpfte neben den Budapestener Arbeiterregimenten. Die Verluste des Feindes sind sehr groß.

In der Gegend von Putnok warfen unsere Abteilungen den Feind über das Büdgebirge zurück und erreichten den Sajo und das Rimatal.

Wahlerfolge in Holland.

Aus Amsterdam wird uns geschrieben: Die holländischen Kommunalwahlen nahmen bisher für die Sozialdemokratie einen glänzenden Verlauf. In Rotterdam erhielten wir 19 von 45 Sitzen und erhöhten gegen die Provinzialwahlen von März unsere Stimmenzahl von 33 450 auf 37 870. Im ganzen Lande ist ein ähnlicher Fortschritt zu verzeichnen. Offenbar hat die liberale Regierungsbekämpfung gegen uns im Anschluß an den mißlungenen revolutionären Versuch in den Novembertagen vollständig ihren Einfluß auf die Bevölkerung verloren, und nun geht es wieder mit Volkswut vorwärts. Nächste Woche wählen Amsterdam und Haag.

Keine Unruhen in Bulgarien.

Berlin, 26. Mai.

Die von der Tagespresse verzeichneten Gerüchte über innere Wirren in Bulgarien geben der bulgarischen Gesandtschaft in Berlin Anlaß, mitzuteilen, daß ihren Nachrichten jüngsten Datums zufolge im Königreiche vollkommene Ruhe und Ordnung herrschen.

Gärung in Indien.

Amsterdam, 26. Mai.

In der Sitzung des englischen Unterhauses vom 22. führte der Unterstaatssekretär für Indien, Montagu, als eine der Ursachen für die unruhige Stimmung in Indien die Bestürzung an, die die beabsichtigte Aufstellung der Türkei in der mohammedanischen Welt hervorgerufen habe. Die indisch-mohammedanischen Soldaten machten geltend, daß sie eine wichtige Rolle bei der Befreiung der Türkei in der Uebergangung gespielt hätten, daß der Krieg ein Befreiungskrieg zur Erlangung des Selbstbestimmungsrechtes sei.

Polnische Schreckensherrschaft in Ostgalizien.

Die Ukrainische Gesandtschaft teilt folgende Wiener Meldung mit: Die Polen haben in Ostgalizien das Söldnerrecht verhängt. In den durch polnische Truppen besetzten Gegenden wüthet eine Schreckensherrschaft ohne Gleichen gegen Ukrainer und Juden. Die aus Wlodka der Entlassung ausgerüstete Armee Gallas hat so genannte Streifabteilungen gebildet, welche hinter den Fronttruppen die ukrainische Bevölkerung in den besetzten Gebieten, welche sich dem polnischen Imperialismus nicht unterwerfen will, tödlich jagen. Die ukrainische Intelligenz wird zu Hunderten rücksichtslos verhaftet und festgesetzt. Nach verlässlichen Berichten aus Sambor sind viele Ukrainer, Intelligenz wie Bauern, von diesen Strafexpeditionen handrechtlich erschossen, jede Zusammenkunft von Ukrainern unterdrückt, selbst Partien gesperrt und die Briefe verhaftet worden.

Revolutionenrecht und kommunale Arbeiterräte.

Ein Senfzer der Erleichterung geht durch die bürgerlichen Kreise. Die Breche in das „revolutionäre“ Rätesystem scheint gelegt. Die kommunalen Arbeiterräte sind „erledigt“ — die übrigen werden folgen.

Die bürgerlichen Gemeindevertretungen der westlichen Berliner Vororte fühlten sich offenbar nicht Manns genug, selbständig gegen die lästigen Arbeiterräte vorzugehen. Sie erkundigten sich daher ergebenst bei den zuständigen Behörden, ob die von ihnen vertretenen Auffassungen „behördlich genehmigt“ seien. Die Spekulation auf die Unterstützung der Regierung schien sich als richtig zu erweisen. Entgegen den sonstigen bürokratischen Gepflogenheiten, hat das Ministerium des Innern nach verblüffend kurzer Zeit seine Entscheidung getroffen. Nicht genug damit! Um die ungedulden Herren Bürgermeister nicht zu erzürnen, hat man dieser Entscheidung noch einen mündlichen Bescheid vorhergeschickt. An Entgegenkommen läßt es die sozialistische Regierung nicht fehlen — wenigstens den bürgerlichen Kreisen gegenüber nicht!

Auch mit dem Inhalt der getroffenen „Entscheidung“ haben diese keinen Grund, unzufrieden zu sein; ohne Mühe kann man das aus dem Chor der bürgerlichen Pressestimmen erleben. Sogar die „Deutsche Tageszeitung“ hat ein anerkennendes Lob für die Regierung. Sollte dem „sozialistischen“ Minister des Innern nicht schon bei diesem Lobe Spüßel werden, so wird es hoffentlich der Fall sein, wenn er seine Entscheidung einer nochmaligen Überprüfung unterzieht.

Die Konsequenzen seiner Handlungsweise führt ihm die „Deutsche Tageszeitung“ deutlich vor Augen. Diese bemerkt mit Recht, daß der Minister seine jetzt endlich das famose Revolutionenrecht über Bord geworfen habe. Es ist in der Tat so: wer die kommunalen Arbeiterräte verleugnet, verleugnet das Revolutionenrecht in seinem ganzen Umfang.

Leider fliegt mit den kommunalen Arbeiterräten und dem revolutionären Recht noch so manches über Bord, was sowohl der „Deutschen Tageszeitung“ wie dem Minister Geing lieb und wert geworden ist. So die Nationalversammlung, Landesversammlung, das ganze Register von kommunalen Körperschaften und vieles andere mehr. Es mag den benannten Kreisen zwar peinlich sein, daran erinnert zu werden, daß all diese Körperschaften ihre Entstehung und Befugnisse solch revolutionären Verordnungen verdanken, ähnlich wie die kommunalen Arbeiterräte. Und diese Verordnungen sind nicht erlassen auf Grund der alten Reichsverfassung oder kraft Ermächtigung durch weiland Kaiser Wilhelm II., sondern von Volksbeauftragten — welche häßlicher Ausdruck! —, die außer dem Reichskanzler Eberl ihr Mandat aus den Händen der Revolution empfangen hatten oder dies doch vorgaben, und sich dies Mandat von dem ersten Rätekongreß bestätigen ließen.

Die Räte bestehen nicht von Nationalversammlung Gnaden, sondern die Nationalversammlung von Räte Gnaden. Ermöglichte es doch erst die gegenrevolutionäre Zusammensetzung des ersten Rätekongresses, daß die Nationalversammlung heute ihre Tätigkeit ausübt.

Nicht die Räte müssen in der Verfassung verankert werden, sondern die Nationalversammlung ist in dem Revolutionenrecht verankert worden, für das sie allerdings eine sehr zweifelhafte Bereiderung darstellt.

Sei dem, wie ihm sei — ohne den Begriff des revolutionären Rechts kommt keine Regierung aus, die seit dem 9. November die Geschichte des Volkes leitet. Aber sie muß sich selbst die Rechtmäßigkeit ihrer Berufung absprechen.

Dies revolutionäre Recht hat alle diejenigen früheren Gesetze oder Bestandteile solcher Gesetze außer Kraft gesetzt, aus denen sich ein Widerspruch gegen das Revolutionenrecht ergibt.

Ein solcher Widerspruch besteht zwischen dem „gesetzlichen“ Recht der Selbstverwaltung der Gemeinden- und der revolutionären Verordnung vom 16. November 1918 über Tätigkeit und Entschädigung der kommunalen Arbeiterräte, die ergänzt wird durch die Verordnung vom 13. Januar 1919. Beide Verordnungen bedeuten zweifellos einen Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden. Aber der

Das Corr.-Bureau meldet aus Prag: Auch in der Provinz fanden Kundgebungen gegen den Wucher statt, in mehreren Städten verliehen die Arbeiter die Fabriken und durchzogen demonstrierend die Straßen. Dem sozialistischen „Pravo Lidu“ zufolge wurde in Hodon vor dem Rathaus ein Gaißen freigelegt, vor dem die des Wuchers verdächtigsten Geschäftleute schreien mußten, niemals mehr Wucher zu treiben.

Die Sozialdemokratische Partei veröffentlicht einen Aufruf an die Arbeiterschaft worin festgesetzt wird, daß unverantwortliche Elemente die berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft gegen den Wucher mißbrauchen. Die Genossen werden aufgefordert die Arbeit nicht zu unterbrechen und die Regierungskraft gegen den Wucher abzuwarten. Auch die tschechische sozialistische Partei veröffentlicht einen ähnlichen Aufruf.

Aus der Partei.

Genosse Dr. Herz-Altona teilt in der „Hamburger Volkszeitung“ die Gründe mit, warum er eine Wiederwahl in die Pressekommision abgelehnt habe. Er könne die Verantwortung für die Politik der Unabhängigen, die unter dem Druck des härteren Vorkrieges die Tendenz zeige, in das kommunistische Hauptwasser einzulassen, nicht übernehmen. Er halte die Politik der Kommunisten für falsch. Die Entwicklung gehe langsamer vor sich. Die von den Kommunisten geforderte Diktatur des Proletariats übersehe, daß es nicht möglich sei, durch gewalttätige Methoden den Gang der wirtschaftlichen Entwicklung zu beschleunigen. Um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen, müssen gewalttätige Erschütterungen noch Möglichkeit werden werden. Dieses könne nur die Demokratie erreichen, und das Parteiwesen muß in den Dienst der Demokratie gestellt werden und der Demokratisierung der Verwaltung dienen. Als politisches Herrschaftssystem könne er es nicht ablehnen.

Dieser Erklärung schließt sich auch Genosse Rehrig an, der deshalb von dem Posten des leitenden Redakteurs zurücktritt.

Wir bedauern den Rücktritt dieser tüchtigen und bewährten Genossen aus leitenden Parteistellungen. Wir meinen, daß die revolutionäre Entwicklung, wie sie sich infolge der Parteispaltung infolge des Bündnisses der rechtssozialistischen Führung mit dem Bürgertum, der verwerflichen Regierungspolitik und des Versagens der Nationalversammlung gestaltet hat, einer Periode der Diktatur bedarf, soll anders der soziale Inhalt der Revolution erreicht werden. Die proletarische Diktatur muß sich naturgemäß auf das Parteiwesen stützen und bedarf zu ihrer Verwirklichung der Einigung des Proletariats auf prinzipieller sozialistischer Grundlage. Dann wird es möglich sein, gewalttätige Methoden zu vermeiden, den sozialistischen Wiederaufbau der Wirtschaft zu beginnen und insofern fortzuführen, wozu sich die bisherige Koalitionsregierung völlig unfähig erwiesen hat.

Gewerkschaftliches.

Die Deutschnationalen verschmelzen sich nicht.

Verwaltung und Ausschicht des antisemitischen deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes haben den Zusammenschluß mit drei anderen Harmonieverbänden abgelehnt, weil er, wie er ermittelte, 1. eine laienmännliche Sammelorganisation bedeuten würde, der neue Verband aber Angehörigen aus allen Berufen Aufnahme gewähren wird, 2. eine Männerorganisation bleiben wird, der neue Verband aber weibliche Angestellte aller Berufe aufnehmen wird, 3. in der Zusammenfassung des neuen Verbandes keine genügende Gewähr für die Bildung eines einheitlichen Verbandescharakteres als unbedingte Voraussetzung für den organisatorischen Verband erblickt.

Weder der antisemitische Verband noch seine Konkurrenzorganisation sind Gewerkschaften, wie sie sich jetzt gerne nennen, um Mitglieder zu fangen. Nur der Zentralverband der Handlungsgehilfen kommt als gewerkschaftliche Organisation für die Angestellten in Betracht.

Die Forderungen der Hochbahnangestellten.

Die Hochbahnangestellten nahmen in einer gut besuchten Versammlung Stellung zu den Forderungen, die die Direktion einreichen zu denken. Mathmann als Vertreter des Transportarbeiterverbandes stellte mit, daß der Abschluß eines Reichstarifs in kürzester Zeit erfolgen werde. Es seien deshalb die Forderungen, soweit sie Lohn und Arbeitszeit betreffen, der Kommission, die diesen Reichstarif abschließt, überwiegen werden. Der Vertrag soll rückwirkend ab 1. April d. J. haben. Die Versammlung stimmte diesem Vorschlag zu. Die Forderungen, die der Direktion sofort übermittelt werden sollen, lauten folgendermaßen: 1. Alle erwachsenen Beschäftigten, ohne Unterschied, ob verheiratet oder nicht, erhalten ein Entgelt von 600 M., Jugendliche 400 M. Diese Summe soll am 1. Juli gezahlt werden. 2. Bei eventuellen Verhandlungen über Sozialisierung des Betriebes sollen von jeder Abteilung zwei Mitglieder zugezogen werden. 3. Den Bureauangestellten wird die Differenz nachgezahlt, um die sie für Januar, Februar benachteiligt waren. 4. Einführung der durchgehenden Arbeitszeit, und dort, wo sie nicht möglich ist, Begleichung der Zeit nach dem allgemeinen Gehalt als Arbeitsstunden. 5. Den Bureauangestellten der Reichsbahn Grunemald ist dieselbe Arbeitszeit zu gewähren, wie ihren Kollegen im übrigen Betriebe.

Es wurde dann noch ein Antrag angenommen, der die Besetzung der Wagennummern bei einigen Kategorien der Beschäftigten fordert. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, daß diese Nummern auf Veranlassung der Polizei eingeführt wurden und es fraglich sei, ob diese ihrer Bestimmung zustimmen werde.

Vor Beratung der Forderungen kam es noch zu einer Auseinandersetzung mit dem Verbandsrat des Eisenbahnarbeiters. Dieser — eine gelbe Organisation — hatte im Betriebe der Hochbahn bis vor kurzem noch einen größeren Ruf unter den Angestellten. Als sie jedoch infolge der Trennung gezwungen waren, Forderungen aufzustellen verfiel der gelbe Verband. Die Versammlung beschloß, daß in Zukunft die Vertreter der Gewerkschaften und ebenso die Ausschüsse niemals mehr mit den Eisenbahnarbeitern zusammen Verhandlungen mit der Direktion pflegen sollen.

Achtung! Bauarbeiter! Die Aufzählung der durch den Verbandstag erhaltene Streikunterstützung erfolgt, soweit die Kollegen noch auf den Baustellen zusammen sind, in der Woche vom 26. bis 31. Mai an die Baudeputierten. Um jedoch zu großen Andrang an den ersten Tagen zu vermeiden, erühen wir die Baudeputierten in folgender Reihenfolge nach dem Anfangsbuchstaben in ihrem Namen zu kommen: A, B, C, D, E, F, G am Montag, H, I, J, K, L am Dienstag, M, N, O, P, Q, R, S am Mittwoch und Sch bis Z am Freitag. All übrigen Kollegen erhalten die Unterstützung in der Woche vom 2. bis 7. Juni in derselben Reihenfolge. In allen Fällen müssen die Mitgliederbücher in Ordnung und bei der Aufzählung mit zur Stelle sein. Dgk

Bis 10. Bereits 30 Minuten vor 11 Uhr war der Ort Kolleneit und Bernburger Straße abgesperrt und die Versammlung für aufgehoben erklärt. 10 Minuten vor 11 Uhr erschien ein mit Bewaffneten besetztes Auto, das namentlich mit Protestkräften empfangen wurde, aber die Menge beschränkte sich auf die einfache Kundgabe ihres Protestes und verhielt sich im übrigen ruhig. Bis um 11 Uhr Herr v. Beerfelde die Philharmonie verließ, wurde er mit Dolmetschen begrüßt. Die Truppen auf dem Auto machten darauf ein Maschinengewehrschuß bereit, was selbstverständlich allgemeine Entrüstung erregte. Wenn die

Arbeiter! Parteiernoffen!

In gewaltigen Massen schleudern die bürgerlichen Parteien, die gegenrevolutionären Elemente, ihre Druckschriften unter das Volk. Es gibt keine Lüge, keine Fälschung, keine Hinterlist, die nicht von ihnen wiedergegeben und verbreitet wird. Das Wenige, was die Revolution bisher gebracht hat, soll beseitigt, die Verwirklichung des Sozialismus hintertrieben werden.

Demgegenüber muß es die Aufgabe jedes unserer Gesinnungsgenossen sein, an der

Verbreitung der sozialistischen Presse

mitzuhelfen, um dadurch dem Gift der kapitalistischen und der Scheinsozialistischen Presse entgegenzuwirken. Die glänzende Entwicklung, die die „Freiheit“ in der kurzen Zeit ihres Bestehens genommen hat, zeigt, daß ihr unerschrockener Kampf für den Sozialismus, für die Rechte des Proletariats Anerkennung in großem Maße gefunden hat. Aber noch stehen

zahllose Scharen von Proletariern abseits,

noch kommt die bürgerliche und die Scheinsozialistische Presse in viele Arbeiterwohnungen.

Sorgt dafür, daß die Leserszahl der „Freiheit“ sich unausgesetzt steigert, sorgt dafür, daß sie nicht nur das besiegte Blatt des Kapitalismus und Bürgerlums bleibt, sondern zu der weitestverbreiteten Zeitung in der Bevölkerung wird!

Vollkorrespondenz in ihrem Bericht sagt, daß das verfallene Publikum zunächst aus kommunistischen Arbeitern bestanden habe, so spricht dagegen schon die Tatsache, daß für den Vortrag Karten zu den üblichen hohen Preisen verkauft worden waren. Tatsächlich bestand das Publikum größtenteils aus Bürgerkreisen, die Beerfelde einmal hören wollten. Das Vorgehen der Regierungstruppen fand unterschiedliche Beurteilung, die sich zur Empörung heigerte, als ein junger Offizier auf dem Auto Revolvergeschosse abfeuerte. Nur aus nächster Nähe war zu bemerken, daß die Schüsse in die Luft abgegeben wurden. In einem großen Zuge begleitete die Menge Herrn v. Beerfelde nach dem Potsdamer Platz, wobei Rufe gegen die Koalitionstruppen und Hochrufe auf den Friedensstifter Beerfelde ausgebracht wurden. Auf dem Potsdamer Platz betrug Hauptmann v. Beerfelde eine Drohschle, und allmählich löste sich der Zug auf.

Aus diesem Sachverhalt zieht das demokratische Blatt folgende Schlußfolgerung:

Wenn es wahr ist, wie die erwähnte Vollkorrespondenz sagt, daß der Vortrag verboten worden sei, um nicht, wie in Schöneberg, neue Störungen der öffentlichen Ordnung entstehen zu lassen, so würde die Behörde also auch heute noch nicht wissen, daß für die Schöneberger Vorgänge in erster Linie sie selber die Schuld trifft, die den Vortrag nicht einmal in geschlossener Mitgliederversammlung gestattete und dadurch allgemeine Entrüstung hervorrief. Aber das kann ihr ja nicht verwehrt gelassen sein. So viel noch Herr Eugen Ernst, der Berliner Polizeipräsident, doch noch aus seiner defizitären Zeit über die Wechselschuldungen von Ursache und Wirkung eines Versammlungsverbotes. Nein, es ist etwas anderes: die Regierung verfolgt den Hauptmann v. Beerfelde mit derselben Paranoia, mit der ihm der Major Nicolai und andere Mächte des alten Regimes nachstellten. Der Mann ist ihr un bequem, und sie glaubt unbedingte Anknüpfung einzufließen zu müssen! Dabei weiß sie offenbar nicht, daß Hauptmann v. Beerfelde neuerdings sich dem inneren Sozialismus zugewandt hat. . . . Diese fortschrittliche Unterdrückung der Meinungsfreiheit ist zum ein Standaal, der nicht ohne ungeheuren Schaden für die deutsche Republik auch nur einen Tag noch andauern darf. Wir verlangen, daß sich endlich das Reichsministerium um die Sache kümmert. Bei ihm ruht die Verantwortung, aber zu des Weibes Kosten gehen die Schäden, die aus seiner Unfähigkeit oder Geschäftigkeit erwachsen.

Es ist weit gekommen, wenn sich Demokraten gegen die Unterdrückung der Meinungsfreiheit wenden müssen, die von „Sozialisten“ ausgeht oder für die sie mindestens verantwortlich sind. Aber man beachte, daß die Leidenden dieser Politik die Gegner der Regierung sind, für die eine Meinungsfreiheit heute weniger besteht, als unter der Herrschaft der wilhelminischen Regierung.

Gute Gewinne der Spengstoff-Industrie.

Die Unternehmer jammern, daß ihre Unternehmungen keine Verdienste mehr abwerfen und sie daher gezwungen seien, sie zu schließen. Wie es in Wirklichkeit um die finanziellen Verhältnisse der Unternehmungen bestellt ist und wie die Kapitalisten die angefallenen Reserven an die Aktionäre verteilen, sodas das Verantwortliche vermindert wird, zeigen Vorschläge, die die Aufsichtsräte verschiedener Sprengstoff-Fabrik-Gesellschaften den Generalkonferenzen der Aktionäre unterbreiten.

Die Rheinisch-Westfälische Sprengstoff-A.G. schlägt die Verteilung einer Dividende von 8 Prozent und eine Sonderausstattung von 4 Prozent vor. Die Dynamit-A.G. vom Werk Nobel u. Co., eine Dividende von 15 Proz., und die Steyrer Dynamit-Fabrik ebenfalls eine Dividende von 8 und eine Sonderausstattung von 4 Prozent.

Man sieht daraus, daß es diesen Unternehmungen durchaus nicht schlecht geht, sondern daß die Verminderung der Betriebskapitalien die Folge der von den Gesellschaften betriebenen Dividenden-Politik ist, sowie der Ausschüttung der Sondergewinne, die sie nicht aus den Rücklagen an die Aktionäre verteilen.

Es mußten sich bei diesen Entstellungen immerhin um eine gewisse Beschränkung anfertigen, weil ja der eine oder andere ihrer Vertreter vielleicht selbst Zeuge der Demonstrationen gewesen sein und die Argoben seiner Zeitung also kontroversieren konnte.

Wie weicher Urverstand man aber in der Provinz, wo ja kein Leser kontrollieren kann, in solchen Verleumdungen und läßt, das zeigt der spaltenlange Bericht des „Offener Generallanzett“ über die Demonstrationen vom 21. Mai. Darin heißt es:

„Schon lange vor 3 Uhr war der geräumige Wilhelmplatz mit Hunderttausenden von Menschen dicht angefüllt; große Scharen weiterer Teilnehmer standen in den Nebenstraßen.“

„Die Demonstrationen gegen Unterzeichnung des Friedensvertrages zählten nach Hunderttausenden, während die verschiedenen Demonstrationen der Unabhängigen nur höchstens tausend bis zweitausend Teilnehmer zählten.“

Jeder Teilnehmer der nur einen Blick auf die beiden Demonstrationen geworfen hat, wird bestätigen, daß dieser Bericht völlig verlogen ist. Wir geben ihn nur wieder, um mal an einem ganz deutlichen Beispiel zu zeigen, wie unverschämte die bürgerliche Presse läßt und wie sie auf alle Weise ihre Leser zu täuschen sucht.

Lebebour vor den Geschworenen.

In der heutigen Vormittagsitzung wurde durch die Anklage des Reuenen Fröhlich der Beweis erbracht, daß im Spittel der Reueuna während der Naturkämpfe bei Bürenstein zwei Schreibmaschinen gestohlen und dem Bureau des Roten Soldatenbundes übergeben hat. Von dort wurden die Schreibmaschinen wieder zurückgeschickt, weil man auf dem Bureau mit gestohlenen Sachen nichts zu tun haben wollte. Der Name des Spittels ist Roland. Der Mann hat auch bei den letzten Kämpfen und Vorkämpfen eine gewisse Rolle gespielt und ist der Staatsanwaltschaft nicht unbekannt. Die Reueuna seines Namens brachte Herrn Rumbroich in stichtliche Verlegenheit. Roland soll als Zeuge geladen werden.

Zu einer lebhaften Auseinandersetzung kam es, als der Reuea Fröhlich von den Mitbändlern erzählte, die sich die Regierungstruppen bei der Besetzung des „Vorwärts“ verschulden kommen liehen. Der Reuea laute auch aus, daß der Führer der Truppe, ein Leutnant, und zwar, wie er später erklärte, Graf Westary, beim Abtransport der Parlamentäre die Drohung ausließ: Euch wird der K... autorisieren bis zum Stehkransen.

Graf Westary hat bei seiner Vernehmung unter Eid abgelehnt, irgendwelche Drohungen gebraucht zu haben. Er wollte auch von der Erziehung der Parlamentäre nichts gehört haben.

Die Verteidiger beantragten, den Reuea Fröhlich noch weiter zu vernehmen, damit die Vorwürfe nach der Entscheidung des „Vorwärts“ restlos aufgeklärt würden. Auch Lebebour setzte sich dafür ein. Er verlor vor allem, daß der Graf Westary dem Reuea Fröhlich gegenübergestellt wird, da Westary nach seiner Auffassung eine unabweisbare Aufgabe annimmt. Er tritt auch die Staatsanwaltschaft an, weil diese alle belastenden Momente anzuführen beabsichtigt, hingegen die entlastenden und aufklärenden Zeugenaussagen zu unterdrücken bemüht sei.

Das Gericht beschloß, den Grafen Westary noch einmal als Zeugen zu laden.

Die Versammlungsverbote gegen Beerfelde.

Die Vorgänge, die sich bei der Verhinderung des Vortrages von Beerfelde am gestrigen Sonntag abspielten, haben nun auch die Entrüstung bürgerlicher Kreise hervorgerufen. Die „Berliner Volkszeitung“ schreibt: „Dermals haben sich bei diesem Verbot und seiner Durchführung Vorgänge ereignet, die so unglücklich und standlos sind, daß man kaum noch weiß, was man dazu sagen soll.“

Obendrein wird durch eine Lokalkorrespondenz eine Darstellung gegeben, die alle Tatsachen auf den Kopf stellt. Da wir selbst Zeugen der Verhinderung waren, so ist eine kurze, wahrheitsgemäße Schilderung unsere publizistische Pflicht.

Das Textes schließen sich eng an die Wünsche des Autors an, der an der größeren Anzahl der Proben teilgenommen hat.

Die Sommerausstellung der Freien Sezession wurde gestern mittag in ihren Räumen am Kurfürstendam eröffnet. Dem Hauptverstorbenen Präsidenten der Freien Sezession, Theodor Prochusen und dem Publizisten Wilhelm Scherndt ist eine Gedächtnisausstellung gewidmet. Eine Ausstellung in der Akademie der Künste am Pariser Platz wurde am Sonnabend eröffnet.

Der neue Direktor der Weimarer Kunstakademie, der Berliner Architekt Walter Gropius, leitet die Verlegung langer Künstler an die von ihm umzustellende Anstalt fort. Nach Lionel Reisinger hat er jetzt den Maler Johanns Itten, der in den Ausstellungen des „Sturm“ bekannt geworden ist, und den jungen Bildhauer Gerhard Marx an die Weimarer Akademie berufen.

Der Verband der Freien Volksschulen veranstaltet sein 20. und letztes Konzert am Dienstag, den 3. Juni, abends 8 Uhr in der Philharmonie. Zur Aufführung gelangt die Sinfonie von Gustav Mahler mit dem Philharmonischen Orchester unter Leitung von Hermann Erdmann.

Der Berliner Volks-Chor veranstaltet in Gemeinschaft mit dem Männerchor Fichte-Georgina am 2. und 3. Juni in der Philharmonie eine dreimalige Aufführung von „Jahresverdammung“ von Hector Berlioz. Sämtliche Künstler sind verpflichtet.

Das Lessing-Theater, das seine diesjährige Spielzeit am 31. Mai abschließt, wird die nächste Spielzeit am 1. September mit Gerhart Hauptmanns „Collegae Trampion“ eröffnen. Die Titelrolle spielt Hanns Fischer.

Im Deutschen Theater wird am 1. Juni die Sommerfestspiele mit Adelburgs „Schwarz-Ramelle“ mit Rollenber als Jowohl in Angriff genommen. In den Kammerspielen ist am 3. Juni am 1. Mai das Drama „Eifersucht“ von M. Arbaschew in Szene.

Im Theater in der Königsruher Straße wird am 2. Juni das Schauspiel „Der Hauptling“ von Paul Apel, dem Verfasser von „Fons Sonnenjägers Höllefahrt“, zur Aufzählung in der Sommerfestspiele vorbereitet.

Genius ist der Titel einer neuen Zeitschrift, die im Juni von Wolf Berlin, Leipzig, Pfingsten in Holzjahrenbänden zu erscheinen beginnt. Sie wird in zwei Hauptabteilungen, „Die lebenden Künste“ (geleitet von Dr. Carl Otto Heise) und „Tätigkeit und Kunst“ (geleitet von Dr. A. Lindner) Beiträge aus allen Gebieten der Kunst und des geistigen Lebens bieten.

Bureau ist geöffnet von 9 bis 1 Uhr mittags und von 5 bis 7 Uhr nachmittags; Sonnabends nachmittags geschlossen. Der Vorstand des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Verein Berlin.

Zum Bericht der Gewerkschaftsversammlung der Metzwerker ist noch mitzuteilen: Ergebnis der Regelung der Gehälter für die Angestellten kommen noch weitere 2 Klassen in Frage. Zwei Angestellte erhalten je 634 M., 28 Angestellte 612 M. inkl. Feuerungszulage.

Fulverfabrik Spanbau. Dienstag, nachmittags 2 Uhr, in den „Germania Prachtzügen“, Berlin, Chausseestraße, Betriebsversammlung.

Maschinen- und Heizer-Verband. Dienstag, abends 7 Uhr, bei Witt. Postwaller Str. 1, Vertrauensmännerversammlung des Siemenskonzerns. Ein Vertreter von Zwickau erwünscht.

Groß-Berlin.

Planmäßige Veranstaltung von Jugendspielen in Neutölln.

Wie an vielen Orten Groß-Berlins ist auch in Neutölln die Pflege der Jugendspiele während der Kriegszeit fast vernachlässigt worden. Die Jugend war in dieser Hinsicht zum großen Teil auf sich selbst angewiesen, der Spielplatz war die Straße, wo sie sich, oft zum Ärger der Anwohner mit großem Lärm austollte. Diesem Uebelstand, der keinen Grund in der Unmöglichkeit darin hat, daß in unserer Stadt ausreichende Spielplätze für die Jugend fehlen, abzuhelfen, sind die städtischen Körperschaften in Neutölln bemüht. Verhandlungen zur Schaffung neuer großer Spielplätze sind im Gange. Mit der Spielplatzfrage ist aber die Frage der Jugendspiele selbst keineswegs geklärt. Unsere Großstadtyugend kennt unsere schönen Volks- und Jugendspiele viel zu wenig, ihr Spiel ist zum Teil nur ein planloses Schwandollen der jugendlichen Kraft. Der Wandel zu schaffen, soll gleichfalls versucht werden. Zur Revueleitung und planmäßigen Durchführung der Spiele sind an sämtlichen Neutöllner Schulen Spielvereinigungen für die Jugend gegründet worden, die während des Sommerhalbjahrs an je zwei Nachmittagen in der Woche, unter Leitung geeigneter Lehrkräfte, das Jugend- und Volksspiel pflegen sollen. Die Beteiligung der Eltern an diesen Spielvereinigungen ist erwünscht. Die Spiele selbst finden nicht wie bisher auf den Schulhöfen, sondern auf den großen, freigelegenen Spielplätzen statt, und zwar spielen die Schulen des südlichen Ostteils auf dem südlichen Sportplatz an der Grenzallee, die des östlichen Ostteils auf dem Sport- und Sportplatz des Turnvereins „Nacht“ an der Wanglitzstraße. Während der Sommerferien werden für die gesamte Jugend Neutöllns seitens der Stadt Wettkämpfe veranstaltet. Mit der Organisation derselben ist eine von den städt. Körperschaften gebildete Kommission beauftragt worden.

Idyllische Zustände!

Am Paul-Berhardt-Strift in der Müllerstraße scheinen noch recht patriarchalische Verhältnisse zu bestehen. Trotz Revolution, trotz Fortschritt, ist die 14stündige Arbeitszeit hier noch die Regel. Da werden noch prompt für Mädchen bei dieser Arbeitszeit 18 bis 20 Mark monatlich gezahlt und nach treuer häuslicher Dienstmagd sogar 30 Mark, ohne Kleidung, natürlich mit Verpflegung. Da gibt es noch Sonntag 4-8 stündigen Ausgange. Die Krankenkasse bekommen 80-100 Mark bei einem Dienst von 6 Uhr früh bis 10 Uhr abends. Der Portier bekommt bei Tag- und Nachtdienst das fürliche Gehalt: von 106 deutschen Reichsmark pro Monat. Natürlich gibt es ja auch manche angenehme Seiten dort. Es wird z. B. streng darauf geachtet, daß keiner zum Abendmahl fehlt. Auch wird streng darauf gesehen, daß die Kinder aus diesem Traumland nicht etwa mit auferstehenden in Berührung kommen.

Trotzdem wird das nicht helfen, der „Geist der Verleugung“ wird auch diese Gemüter erlösen, dafür hat der Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verband zu sorgen.

An was sich ein Kriegsschädigter alles gewöhnen muß. Man schreit uns: Ein Kriegsschädigter, der beide Beine bis auf ganz kurze Stümpfe verloren hat wandte sich an die Versicherung um Gewährung der Invalidenrente. Der Vertrauensarzt, der diesen Kriegsschädigten untersuchte, stellt laut seiner Autopsie fest, daß mit der Zeit wieder ein Verdienst erzielt werden, der sich über ein Drittel des üblichen Tagelohnes beläuft. Der Arzt des Lazaretts stellte das Gegenteil fest. Dem Kriegsschädigten hilft jedoch alles nichts, denn der Vertrauensarzt der Versicherungsanstalt kann die Einholung der Erwerbsfähigkeit des Kriegsschädigten besser voraussehen, als wie der den Kameraden behandelnde Arzt des Lazaretts.

Es wäre dem Vertrauensarzt, der diese weisse Gottschicht hat, nur zu empfehlen, seine Weisheit so auszubauen, daß er dem Kriegsschädigten nicht nur ein Drittel seiner früheren Erwerbsfähigkeit wiedergibt, sondern dafür sorgt, daß er seine gesunden Gliedmaßen wieder erhält, damit er voll erwerbsfähig wird und auf Invaliden-, Kranken- und militärische Rente in Zukunft verzichten kann.

Städtische Schulzahnklinik in Neutölln. Der Magistrat in Neutölln hat die Übernahme der Schulzahnpflege in eigene Regie beschlossen, um die Schulzahnpflege auf eine breitere Basis zu stellen, als es bisher das Komitee für Schulzahnpflege vermochte. Die Lösung des bisher bestehenden Vertrages erfolgte seitens des Komitees in durchaus entgegenkommender und anerkannter Weise. So wurde zur Weiterführung des Betriebes das gesamte Inventar und Instrumentarium der Schulzahnklinik der Stadtverwaltung kostenlos überlassen.

Mit der Auszahlung der einmaligen Kriegsschädigtenbeihilfe von 50 Mark für die vor dem 9. November 1918 entlassenen Kriegsschädigten sind die Entlassungsstellen beauftragt und zwar: Entlassungsstelle I: Planufer 63; Anfangsbuchstaben: P, O, T, S, F, H, J. Entlassungsstelle II: Planufer 63; Anfangsbuchstaben: A, S (ohne Sch), V, D, H, O. Entlassungsstelle III: Janakidenstraße 18, Ecke Heidestraße; Anfangsbuchstaben: G, R. Entlassungsstelle IV: Vorlagener Straße 28; Anfangsbuchstaben: F, D, J, K. Entlassungsstelle V: Invalidenstraße 83; Anfangsbuchstaben: A, B, C, E. Entlassungsstelle VI: Vorlagener Straße 28; Anfangsbuchstaben: L, M, N. Entlassungsstelle VII: Invalidenstraße 83; Anfangsbuchstaben: O, P, Q, R, S, T, U, V, W, X, Y, Z. Entlassungsstelle VIII: Invalidenstraße 83; Anfangsbuchstaben: A, B, C, D, E, F, G, H, I, J, K, L, M, N, O, P, Q, R, S, T, U, V, W, X, Y, Z.

Volkshochschule Reinickendorf. Der Kursus von Engelbert Graf über: „Wirtschafts- und Verkehrsrecht“ findet diesmal nicht Donnerstag, sondern Freitag 6 Uhr im Realgymnasium statt.

Int. Kriegsschädigtenbund Ortsgruppe Straßau, Straßauer Viertel. Am 27. abends 7 Uhr Mitgliederversammlung im Lokal von Gerhardt Gosenstr. 20. Gäste haben Zutritt.

Freie Schülerversammlung. Mittwoch, nachm. 4 Uhr im Kaiserin-Augusta-Gymnasium in Charlottenburg, Karstr. 30, spricht Dr. Alexander Schwab über: „Jugend und Gesellschaft“. Es sollen alle Schüler und Schülerinnen teilnehmen.

Konkurrenz. Dienstag vormittag 9-11 Uhr Ausgabe von Bezugscheinen für vollene und halbvolle Männerstrickjacken, Rathaus, Zimmer 23. Verkauf bei Delock.

Internationaler Bund der Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen. Ortsgruppe Schöneberg. Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, im Lokal von Berg, Frühlstr. 15, Ergo-Mitgliederversammlung.

Zentralstelle für Einigung in der Sozialdemokratie, Ortsgruppe Karlsruh. Dienstag, 8 Uhr, Lokal Kurtzmann, Ecke Prinz-Heinrich-Straße, Wilhelmsplatz.

Aus dem Gemeindeleben.

Wittenau-Vorhölde. In der letzten Gemeindevorstandssitzung am 22. sind als Schlichter bestätigt unsere Genossen Schulze und Zimmermann, Köpcke (S. P. D.) und Erziehungsinspektor Piper, der schon früher amtierte. Köpcke ist mit einem Monatsgehalt von 700 M. zur Kontrolle der Nahrungsmittelversorgung bestellt. — Die Lehrerschaft hat sich einen Lehrerrat gewählt. — Für die von der Gemeindevorstandssitzung beschlossene Gründung einer Meinhäusiedlung (S. m. b. H.) wurde ein Voranschlag von 600 000 M. bewilligt. Der Grundst. besteht aus 27 Anteilen zu 1000 M., wovon die Gemeinde selbst 15 Anteile übernimmt; 5 Anteile sind der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft Niederbarren zu angeboten. In die Geschäftsführung sind sofort berufen Gen. Korte, Quade (S. P. D.) und Gemeinde-Bureauinspektor Bausdorf. Bekommen wurde ferner, an der Nordbahn, Mojenhölde (Straß.) ein weiteres größeres Terrain im Teilkauf zu günstigen Preise zu erwerben, ferner von der Schöneberger Spar- und Leihbank von 500 000 M. aufzunehmen. Die beschlossenen Kanalarbeiten wurden vergeben. Die Mittelschullehrer werden in ihren Gehaltsbezügen mit den Oberlehrern gleichgestellt, die Polizeiwachtmeister und Vollzugsbeamten mit den Assistenten, Überwachungsbeamten mit den Sekretären. Die Bureauangestellten sind mit der am 1. April d. J. in Kraft getretenen Besoldungsordnung nicht einverstanden; sie verlangen eine neue Tarifvereinbarung und das Mitbestimmungsrecht bei Anstellungen usw. Beschlossen wird, den Tarifentwurf zur weiteren Festsetzung der Berechtigung an den Gemeindevorstand zur Vorberatung zurückzuverweisen. Genosse Deuffe trat als Beirater energisch für das Mitbestimmungsrecht und die berechtigten Forderungen ein, wie er auch verlangte, daß alle Vorlagen dem Rat zu unterbreiten seien, was bisher verweigert worden, dem R. A. überhaupt mehr Rechte eingeräumt werden müssen.

Oranienburg. Stadterordnetenversammlung. Ein Antrag, die Mitglieder der Schuldeputation aufzulösen, über dem niedergelegt, wurde gegen die Stimmen der Radikalen einschl. der Demokraten angenommen. Der Ausbruch von Anträgen, wurde abgelehnt, dagegen wurde einem Antrag auf Errichtung von Volkshäusern zugestimmt. Außerdem wurden der Berufsgenossenschaft gegen hypothekarische Sicherheit 80 000 M. bewilligt.

Aus den Organisationen.

Zweiter Kreis. Der geplante Kursus über „Das Mittelalter“ beginnt am Montag, den 20. Mai, abends pünktlich 7 1/2 Uhr, im Lokal von Großlich, Fontanepromenade 18. Eintrittspreis für alle drei Vorträge 1 M., und ist am Sonntag zu entrichten.

Schüler Kreis. 18. Abteilung. Heute abends 7 Uhr Lesesaal bei Mann, Chausseestraße, Ecke Briesener Straße, Vortrag: „Schöneberg, Klein-Schöneberg, Lichterfelde, Sonnenberg, L. H. abends 8 Uhr, kombinierter Vortragsabend in Dorns Kurhaus. Die Vorlesungen werden gehalten, ihre Bekannten, die sich um anschließende wollen, mitzubringen.

Steglich. Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der Kula der Realschule, Stubenrauchplatz. Tagesordnung: Die Arbeitsgeneralversammlung (Wahl der Delegierten). Die jüngsten Vorträge im Arbeiterrat. — Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, öffentliche Protestversammlung in der Realschule, Stubenrauchplatz und im Gymnasium, Heesestraße. Referenten: Kubig und De Dahn (beide vom Volksgesundheitsrat). Tagesordnung: Stellungnahme zur Ablehnung der kommunalen Arbeiterräte Steglich durch die Gemeindevorstandssitzung.

Rippenick. Dienstag, abends 7 1/2 Uhr, im „Schweizergarten“, Lindenstraße, außerordentliche Mitgliederversammlung des Bsp. Vereins.

Freie Jugend, Groß-Berlin. Montag, 7 1/2 Uhr, Zentralvorstandssitzung von Groß-Berlin. Vorher 6 Uhr, engere Zentralvorstandssitzung Charlottenburg. Dienstag, abends 7 Uhr, in der Hindenburgschule, Guellichstraße, Mitgliederversammlung.

Spiel und Sport.

Arbeiter-Wassersportverband, Kreis 1. Wasserballspiele: 28. Mai 7 Uhr, in Neukölln: Neukölln-Charlottenburg. Spielleiter: O. de Nove. 30. Mai 1/2 8 Uhr, in Weiskens: Weiskens-Charlottenburg. Spielleiter: Nante.

Arbeiter-Wassersportverband, Kreis 1. Himmelfahrtsfest. Treffpunkt vorm. 11 Uhr, Stadion, für Schwimmwarte. Nachmittags 2 Uhr, im „Freie Schwimmer“, Charlottenburg, in Wilhelmstraße. Zutritt an Frh. Buschmann, Neukölln, Wipperfstr. 17.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wielepp. Neukölln-Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Einbinder und Verlagsgeellschaft m. b. H. Schiffbauerdamm 19.

Die freie Welt

Illustrierte Wochenschrift der U. S. P. D.

Heft 4 enthält:

Die Bewaffnung der Bourgeoisie.

Bildet von der Friedenskonferenz. Bildet aus dem Kalk- und Kohlenbergbau. Notstandsarbeiten am Mittellandkanal.

Katapulturen u. a. Der Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens. Von Prof. Vallo.

Leo Tolstois Roman „Der Teufel“.

Preis 20 Pfennig.

Abonnement Mai/Juni M. 1.60 Nr. 1-5 können noch nachgeliefert werden.

Zu haben in allen Buchhandlungen, Zeitungsvorkaufsstellen, Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen, sowie im Verlag, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin
Nachruf
Den Kollegen zur Nachricht, daß unsere Kollegen, der Drucker **Theodor Baum**, Bunsenstr. 26, am 19. d. M., der Glöher **Friedrich Gehhaar** und der Arbeiter **Otto Paschke**, am 16. d. M. gestorben sind. **Ehre ihrem Andenken!**
Die Ortsverwaltung

Nach kurzem, aber qualvollem Leiden verstarb heute morgen unser lieber Herr **Paul Freese**, im zarten Alter von kaum 5 Monaten. Auch sie wurde durch die Uebermüdung ein Opfer d. Völkermordens. Neukölln, 24. Mai 1919. **Otto Rayer und Frau** Preis-Händlerw. 9.

Dankagung.
Für die zahlreichste Beteiligung und den Kranzgespenden bei der Beerdigung meines lieben, unvergesslichen Mannes, des Tischlers **Paul Freese** sage ich an diesem Wege allen, insbesondere dem Ortsverein und den Genossen des U. S. P. D. Neukölln, dem Holzarbeiter-Verbande, der Zentral-Krankenkasse d. Tischler sowie dem Herrn Dr. Freese für die tröstlichen Worte am Sarge & Entschlafene neuerlich herzlichsten Dank. **Frau E. Freese** selbst Kinder.

ParteiSekretär
fr. Wusthagen sofort gesucht. Organisatorisch - rednerisch befähigte Genossen wollen sich unter Angabe ihrer Bedingungen bis zum 31. Mai beim Genossen **Karol Ludw. Hagen**, L. W., Weststraße 4, schriftlich melden.
Pianos
Vergilliche neue aus gutem Material, ganz geräumt, weiß oder rot. Piano in großer Auswahl, verkauft nur gegen Barzahlung, beßerer als jeder Preis.
Giban, Neukölln, Münchenerstr. 38.
Spiralbohrer, zur 1000, sowie Motoren, Kraft Tarawaki, Chausseestraße 22, 4-6.

U. S. P. D. Ortsgruppe Karlshorst-Friedrichsfelde
Morgen Dienstag
Aula des Real-Gymnasiums, Trackow-Allee
abends 8 Uhr
Lichtbilder-Vortrag
des Schriftstellers **Hans Siemson**
über
Die Revolution in Berlin
mit authentischen Bildern aus den Revolutions- und Straßenkämpfen.
Eintritt 1 Mk.
Verkauf bei allen Gruppenführern und in der Freiheitsspedition Farmanski, Viktorstr. 1, sowie ab 7 Uhr an der Abendkasse.

Zentralverband der Handlungsgehilfen
Wettien der Tuchhändlerw. Str.
Sektionsversammlung
am Dienstag, den 27. Mai 1919, abends 7 Uhr
in der
Musikerzälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 31.
Tagesordnung:
1. Vortrag des Herrn **Heinrich Schmidt** über: Zweck und Aufgabe der Sektionen.
2. Tagesfragen.
3. Wahl der Sektionsleiter.
4. Bericht über Wahl eines Sektors.
5. Beschlüsse.
6. Sonstiges.
Wahltagung beginnt. Bestimmtes Ergebnis beizubringen.
Die praktische Geschäftsleitung:
J. W. Wilmens & **P. P. L.**
Blankenburg-Buchholz
Ab 1. Juni wird unsere Spedition von Straße X, Nr. 4 zu
Karl Scheer, Bahnhofstraße 24a, verlegt. Alle Bestellungen und Beschwerden sind weiterhin zu richten.

Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede
Zu diesem Thema sind soeben im Verlage der „Freiheit“, Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19,
2 hochwichtige Broschüren
erschienen, die für jeden unentbehrlich sind, der sich mit den Friedensbedingungen eingehend beschäftigen will. Die Titel der Broschüren lauten:
Annehmen oder Ablehnen?
Die Unabhängige Sozialdemokratie und der Friede
Mit Beiträgen von K. Kautsky, Gg. E. Graf, C. Bollod, A. Stein, R. Hildering und H. Hease
Preis 50 Pf.
Deutschland nach dem Frieden
Wirtschaftspolitische zu den Versämler Bedingungen
Von Gg. E. Graf
Preis 30 Pf.

Schmargendorf
Ab 1. Juni wird, im Universitäts- und ansonsten bisherigen Spedition, dem Genossen **Reimer, Dreieckstr. 8**, und gemäß Beschluß des Schmargendorfer Wahlvereins, unsere Spedition dem Genossen
Hans Engelke
Mundekehle-Straße 10
übertragen. Um eventuell eintreffende Ueberrechnungen zu vermeiden, bitten wir unsere Abonnenten, ihre Adresse durch Postkarte der neuen Spedition mitzuteilen. Diesem wird die „Freiheit“ täglich zweimal durch Botenfrauen geliefert.

Arbeitsmarkt
3 zuverl. Botenfrauen
werden sofort eingeworben. Freiheit, Schiffbauerdamm 19.
Botenfrauen
sucht Spedition Lorenz, Charlottenburg, Wallstraße 10.
1 Botenfrau
verlangt. Fr. Sternhiker, Charlottenburg, Königin-Elizabeth-Str. 10.
Botenfrauen
zum Austragen der Freiheit sucht Gieracker, Guellichstraße 92.
Botenfrauen
werden sofort eingeworben. Frau Döring, Siemensstr. 10.
inserate
für den Arbeitsmarkt. Tageslohn 20 Pfennig. 4 Uhr, Sonntag, 10 Uhr, nachher. Expedition „Freiheit“, Schiffbauerdamm 19.

Großen Erfolg
haben selbst die **Kleinen Anzeigen** in der „Freiheit“.

Wäcker sind die Augen aller auf die Rechte der „Freiheit“.